



Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr der Schloss-Stadt
Hückeswagen

Sitzungstermin: 19.05.2022
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort: im Heimatmuseum, Auf'm
Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Winkelmann, Andreas

Mitglieder

Bannuscher, Ingo	Vertretung von Herrn Malecha
Coenen, Margareta	
Endresz, Willi	
Fink, Heike	Vertretung von Herrn Becker
Geßner, Utz	
Hansen, Birgit	
Lechner, Nelli	
Meine, Martin	Vertretung von Herrn Schulz
Schmeisser, Lars	
Wurth, Andreas	

Beratende Mitglieder

Richter, Sebastian

von der Verwaltung

Kissau, Roland
Klewinghaus, Dieter
Kneib, Waldemar
Lindner, Jessica
Michels, Ramona
Persian, Dietmar,
Bürgermeister
Schröder, Andreas

Sachverständige

Römer, Bernhard

Es fehlten:

Mitglieder

Becker, Jürgen

Malecha, Friedhelm
Schulz, Detlef

von der Verwaltung

Heymann, Stefanie
Kölsch, Anja
Larsen, Monika

Sachverständige

Wustmann, Jürgen H.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| 1 | Bestellung einer Schriftführerin | FB IV/4439/2022 |
| 2 | Fragestunde für Einwohner | |
| 3 | Bericht der Verwaltung zum Ausschuss für Bauen und Verkehr vom 01.02.2022 | FB IV/4440/2022 |
| 4 | Bauanträge, Anträge auf Vorbescheid, Genehmigungsfreistellungen | FB III/4421/2022 |
| 5 | Sachstand Neubau Löwen-Grundschule | FB IV/4445/2022 |
| 6 | Neubau Feuerwehr Brunsbachtal - Sachstand | FB IV/4437/2022 |
| 7 | Generalsanierung Sporthalle Montanus-Hauptschule - Sachstand | FB IV/4434/2022 |
| 8 | Benennung von Straßen im Wohngebiet Eschelsberg | FB III/4397/2022 |
| 9 | Zusätzlicher Radweg entlang der Rader Straße | FB III/4422/2022 |
| 10 | Markierung von Behindertenstellplätzen im Stadtzentrum | FB III/4419/2022 |
| 11 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---|------------------------|
| 1 | Bericht der Verwaltung zum Ausschuss für Bauen und Verkehr vom 01.02.2022 | FB IV/4441/2022 |
| 2 | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 3 GO NW | FB IV/4436/2022 |
| 3 | Generalsanierung Sporthalle Montanus-Hauptschule - Auftrag | FB IV/4435/2022 |
| 4 | Verkauf Grundstück | FB IV/4414/2022 |
| 5 | Verkauf Teilfläche | FB IV/4448/2022 |
| 6 | Erwerb Grundbesitz zur Herstellung von ökologischen Werteinheiten | FB IV/4401/2022 |
| 7 | Mitteilungen und Anfragen | |

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Bestellung einer Schriftführerin

Vorlage: FB IV/4439/2022

Die Vorlage zur Bestellung von Jessica Lindner als Schriftführerin und Frau Monika Larsen als Vertretung wird vorgestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr bestellt Frau Jessica Lindner zur Schriftführerin des Ausschusses. Im Falle ihrer Abwesenheit wird Frau Monika Larsen zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 2 Fragestunde für Einwohner

Einige Bürger der Ewald-Gnau-Straße und der Theodor-Löbbecke-Straße sind in der Ausschussversammlung anwesend, um sich zu dem geplanten Neubau von Wohneinheiten auf dem alten Betriebsgelände der Firma Sessinghaus in Brunsbach zu äußern.

Herr Jörg Langfeld berichtet über die bereits angespannte Verkehrssituation auf Grund von Platzmangel an den Straßen. Dies ist vor allem für die dort lebenden Kinder eine Gefahr. Er fragt, ob dem Ausschuss diese Situation bewusst ist und wie der Bau von 24 neuen Wohneinheiten ohne eine Erhöhung der Gefahr für die Kinder geschehen soll.

Herr Winkelmann teilt hierbei mit, dass der Ausschuss für Bauen und Verkehr an dieser Stelle keine Antwort zu dieser Frage liefern kann.

Herr Persian ergänzt, dass er größtes Verständnis für die Sorgen der Anwohner und die gestellte Frage hat, jedoch beziehen sich die Fragen auf Angelegenheiten des Planungsausschusses. Dieser wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Bebauungsplan zu dem Vorhaben beschäftigen. Herr Persian teilt den teilnehmenden Bürgern zudem mit, dass ein Bürgergespräch über diese Thematik schon schriftlich für den 05.07.2022 abgestimmt wurde.

Herr Schröder merkt zudem an, dass die Erschließung der Wohnbebauung nicht durch eine Durchfahrtsstraße geplant ist, sondern lediglich als Anfahrtsstraße zu den Wohnungen. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, gehört es zum Planungsprozess, sich verschiedene Aspekte unterschiedlicher Lösungen, so wie die aktuelle und

zukünftige Verkehrssituation,
anzusehen und zu untersuchen.

Fest steht jedoch, dass eine direkte Anbindung über die Bundesstraße nicht möglich ist und somit eine Erschließung nur über die August-Lüttgenau-Straße oder durch die bestehende Wohnsiedlung möglich ist.

Welche Lösung hierbei angemessener ist, wird im Planungsprozess noch geprüft.

Zudem wird noch einmal das Verfahren der Planung und Beschlussfassung samt

Beteiligungsverfahren erläutert, um den Bürgern ihre Möglichkeiten der Einbringung ihrer

Sorgen und Wünsche aufzuzeigen.

Herr Marcel Blumberg wirft die Idee in den Raum, eine Anbindung von der August-Lüttgenau-Straße vor den Begrenzungspollern her zu schaffen.

Herr Schröder stimmt ihm zu, dass dies auch eine Möglichkeit ist.

Herr Blumberg merkt an, dass dies eine Aufwertung der Straße bedeuten kann, sowie dass ein Ausbau auch für die Nutzung des Kindergartens von Vorteil wäre.

Herr Persian bemerkt an dieser Stelle, dass diese Idee ruhig Gegenstand des Gespräches am

05.07. sein kann.

Herr Stefan Petrovic merkt an, dass eventuell mehr als die 24 geplanten Wohneinheiten entstehen könnten. Wenn dem so wäre, dann würden die Zahlen der Verkehrsuntersuchung und des Planungsprozesses nicht mehr stimmen.

Herr Böttjer fragt in diesem Zuge an, ob eine Bebauung des Bolzplatzes geplant ist.

Herr Schröder gibt ihm hierzu die Auskunft, dass derzeit keine solchen Überlegungen bestehen. Die Oberfläche des Bolzplatzes soll durch den Bauhof aufgearbeitet werden.

Ebenfalls wird angemerkt, dass der Bolzplatz die letzte Zeit mit Autos zugeparkt war.

Hierzu gibt Herr Kissau die Auskunft, dass auf Grund einer Versammlung der Bolzplatz als

Parkmöglichkeit aufgemacht wurde. Er wird aber auch wieder geschlossen.

Herr Maximilian Segler fragt an, ob eine Verkehrsberuhigung der Bundesstraße zur neuen Schule ca. 50 Meter hinter der Sessinghauseinfahrt Sinn macht.

Herr Schröder antwortet, dass dort keine Beruhigung geplant ist, es jedoch Gespräche zur Verbesserung der Situation gibt. Diese haben bisher aber leider noch keine Lösung ergeben.

Herr Karenmann äußert sich hierzu und sagt, dass es trotz der Ampel dort nicht sicher ist, da diese zu spät gesehen wird.

Herr Kremer fragt den Ausschuss, ob die Ansicht geteilt wird, dass die Verkehrsfrequenz an der Fußgängerampel durch den Bau der Löwengrundschule erhöht wird. Herr Schröder antwortet, dass es hierzu keine konkreten Erkenntnisse gibt, es aber nicht ausgeschlossen ist, dass künftig mehr Kinder die Überquerung nutzen werden.

Herr Hachenberg stellt eine Frage zur geplanten Verkehrsanbindung zum künftigen Edeka, ob diese über die Bundesstraße erfolgt oder es hier ähnlich problematisch ist wie bei den neu geplanten Wohneinheiten.

Herr Schröder teilt ihm mit, dass dort eine Gemeindestraße errichtet wird, die ein neues Wohnquartier erschließt und keine private Grundstückseinfahrt. Herr Hachenberg fragt sich nun, ob es einen Unterschied zwischen privaten und gewerblichen Anbindungen gibt. Herr Persian erklärt hierzu dass es keinen Unterschied gibt, dass aber nach dem Bebauungsplan eine Gemeindestraße ein Wohngebiet und dort ansässiges Gewerbe erschließt. Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

**zu 3 Bericht der Verwaltung zum Ausschuss für Bauen und Verkehr vom 01.02.2022
Vorlage: FB IV/4440/2022**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4 Bauanträge, Anträge auf Vorbescheid, Genehmigungsfreistellungen
Vorlage: FB III/4421/2022**

Frau Fink stellt die Frage, welche Werbeanlagen mit Punkt 2624 der Anlage gemeint sind.
Herr Schröder erklärt, dass auf Grund von Krankheit der zuständigen Kollegin die Antwort hierzu nachgereicht wird.
Beantwortung im Nachgang der Sitzung: Es handelt sich um drei Werbeschilder für die Firma Timepartner.
Ebenso fragt sie, wo die Wohnbebauung in der Röntgenstraße geplant ist. Hier antwortet Herr Schröder ihr, dass diese nahe Heidt geplant ist.
Frau Hansen stellt zu Nummer 2631 die Frage, wo dort noch Platz für das geplante Mehrfamilienhaus ist.
Herr Schröder teilt mit, dass der Platz dort in unmittelbarer Nähe zur Fabrik vorhanden ist.
Herr Persian ergänzt, dass das Mehrfamilienhaus dort anstelle des Nebengebäudes kommen soll, dieses wird abgerissen.
Frau Hansen fragt zudem, ob Nummer 2618 hinter dem jetzigen Gebäude liegt. Herr Schröder sichert auch hier ein Nachreichen der Antwort zu.
Beantwortung im Nachgang zur Sitzung: Das vorhandene Gebäude wird umfangreich im Grundriss erweitert und um ein weiteres Geschoss ergänzt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5 Sachstand Neubau Löwen-Grundschule
Vorlage: FB IV/4445/2022**

Herr Klewinghaus zeigt Bilder des aktuellen Standes des Neubaus und erklärt diese.

Herr Schmeißer stellt hierzu die Frage, ob denn alle Fenster beschattet werden. Dies bejaht Herr Klewinghaus, da alle Fenster einen Sonnenschutz haben werden.

Herr Winkelmann bedankt sich für die Vorstellung des Sachstandes.

Herr Persian erklärt, dass aktuell das Projekt trotz der Problematik am Anfang im Zeitplan ist.

Herr Klewinghaus teilt dazu mit, dass parallel zu den restlichen Arbeiten zwar auch noch die Möbel eingeräumt werden müssen, dies aber gut möglich sei.

Herr Persian lädt zu einer festlichen Eröffnung der neuen Löwengrundschule am 03.09.2022 ein.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 6 Neubau Feuerwehr Brunsbachtal - Sachstand
Vorlage: FB IV/4437/2022**

Frau Michels berichtet, dass das Projekt strikt auf den Bauantrag zugeht. Es gab eine Verzögerung durch das Bebauungsplanverfahren Eschelsberg und durch die Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Diese Verzögerung führte zu einer Indexsteigerung der Projektkosten, woraufhin die Kostenberechnung angepasst werden musste und sich nun auf knapp 10 Mio Euro beläuft.

Innerhalb der nächsten zwei Wochen wird der Bauantrag eingereicht, am 30.05.2022 findet die Bauantragsunterzeichnung statt. Darauf erfolgt die Ausschreibung des Generalunternehmers.

Herr Endresz wünscht sich mehr Details zu den Verzögerungen als in der Vorlage angegeben.

Frau Michels gibt hierzu an, dass die Planung des Neubaus der Feuerwehr erst weiter vorangetrieben werden konnte, nachdem der Bebauungsplan beschlossen wurde. Die Abstimmungsproblematik mit Straßen NRW ergab sich durch die Parkplatzzufahrt außerhalb der Ortsdurchfahrt.

Zudem gestaltete sich die Abstimmung an sich monatelang als sehr schwierig. Erst Ende 2021 konnte die Planung weiter geführt werden.

Herr Endresz fragt dazu noch, ob der Bergwerkstollen zur Verzögerung des Neubaugebietes Eschelsberg führte und ob der Bebauungsplan für das Wohngebiet und für die Feuerwehr zusammen erstellt wird.

Herr Persian informiert ihn darüber, dass ursprünglich sowohl Neubaugebiet und Feuerwehr als auch der Neubau der Grundschule in einem Bebauungsplan lagen, im Verfahrensverlauf der Bebauungsplan geteilt wurde, um ein Vorziehen der Löwengrundschule zu ermöglichen.

Herr Meine fragt an, wann der Bau der Feuerwehr gestartet werden kann.

Frau Michels teilt hierzu mit, dass man dies noch nicht genau definieren kann. Der Baubeginn ist abhängig von der Erteilung der Baugenehmigung. Bei einem schnellen Verlauf des Bauantragsverfahrens könnte eine Erteilung in drei Monaten erfolgen, normalerweise ist jedoch mit einer Bearbeitung bis zu einem Jahr zu rechnen.

Die Ausschreibung des Generalunternehmers kann jedoch schon vor Erteilung der

Baugenehmigung durchgeführt werden, der Bau kann jedoch nicht vorher stattfinden.

Herr Klewinghaus ergänzt an dieser Stelle, dass er mit einer Rückmeldung der Bauaufsicht zum Stand des Bauantrages rechnet, sodass man dessen weiteren Verlauf abschätzen kann.

Herr Endresz erkundigt sich außerdem, die Wartezeit auf Grund des Bauantrages ebenfalls eine Erhöhung der Baukosten zur Folge haben kann. Frau Michels antwortet daraufhin, dass der Preis bis Anfang nächsten Jahres vermutlich noch ansteigen wird.

Herr Klewinghaus ergänzt an dieser Stelle, dass die Indexierung rückwirkend aus dem letzten Quartal ist. Demnach sind zukünftige Zahlen nicht verfügbar.

Durch die Stoffpreisgleitklausel kann es zudem in Zukunft zu einer Anpassung von Angeboten vor Ausführung kommen.

Demnach kann die Ausführung mehr kosten, allerdings auch günstiger werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 Generalsanierung Sporthalle Montanus-Hauptschule - Sachstand Vorlage: FB IV/4434/2022

Frau Michels zeigt im Ausschuss Ansichten der Sporthalle.

Sie berichtet, dass alle Projektbeteiligten nun bei der Planung involviert sind.

Nach zwei Ausschreibungsrunden wurde ein TGA und Elektroplaner für die Generalsanierung gefunden. Den Zuschlag bekam die Faßbender Planungsgesellschaft mbH aus Limburg an der Lahn.

Frau Hansen stellt die Frage, ob eine Nutzung der Halle bei der angedachten Probesanierung möglich ist.

Frau Michels bejaht dies. Im hinteren Teil der Halle wird für die

Probesanierung ein Bereich abgetrennt.

Sowohl die Probesanierung als auch die später folgende Generalsanierung müssen während des Schulbetriebes stattfinden. Die Arbeiten auf die Ferien zu beschränken ist leider nicht möglich, weshalb hier nach einem Ersatz für die Schüler geschaut werden muss.

Herr Persian merkt hierzu an, dass die Sportkapazitäten in Hückeswagen angespannt sind. Man müsse sich für diese Zeit intensive Gedanken machen, auch wenn die Lösung leider mit Einschränkungen einhergeht.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8 Benennung von Straßen im Wohngebiet Eschelsberg

Vorlage: FB III/4397/2022

Herr Schröder erklärt zu den vorgeschlagenen Straßennamen, dass diese nicht nach Personen benannt werden sollen, sondern sich in diesem Fall an der früheren Bergbaunutzung orientieren.

Frau Fink teilt mir, dass die Namen seitens der SPD in Ordnung sind. Jedoch gestaltet sich die Aussprache der „Erzstraße“ phonetisch schwierig, stattdessen schlägt sie den Namen Stollenweg vor. Herr Persian ist mit dieser Idee einverstanden und nimmt sie gerne an. Auch Herr Schröder ist mit dem Namen „Stollenweg“ einverstanden. Herr Winkelmann ändert den Beschlusssentwurf, aus der „Erzstraße“ wird nun der „Stollenweg“.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, die Straßennamen für das Wohngebiet Eschelsberg, entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung und der Ergänzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr wie folgt zu benennen: Barbarastraße, Bergwerkstraße, Eschelsberg, Stollenweg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Zusätzlicher Radweg entlang der Rader Straße

Vorlage: FB III/4422/2022

Herr Kneib präsentiert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Frau Hansen fragt daraufhin, ob die Stellplätze überhaupt notwendig sind. Herr Persian antwortet ihr, dass auf der Rader Straße ein hoher Parkdruck

herrsche und die Verwaltung das Verschieben der Parkplätze in Richtung Fahrbahn präferiere, anstatt diese komplett wegfallen zu lassen.

Herr Wurth möchte wissen, was die rote Markierung beim Johannesstift zu bedeuten hat.

Herr Kneib teilt ihm mit, dass dies ein Warnhinweis für die Autofahrer auf Grund der Radfahrer ist.

Herr Wurth schlägt vor, dass eine solche Markierung auch an der K11 sinnvoll sein könnte, da diese Kreuzung als kritisch zu betrachten ist.

Herr Kneib verweist hierbei auf die Zuständigkeit des Kreises und des Landesbetrieb Straßen NRW, mit dem man eine solche Markierung abstimmen müsse.

Herr Richter legt die Möglichkeit dar, dass eine klare Separierung auf dem Radgehweg vielleicht eine Lösung wäre.

Herr Kneib teilt jedoch mit, dass dies rechtlich nichts ändern würde, da Radweg und Gehweg komplett voneinander entfernt verlaufen müssten um eine Veränderung in den Bedingungen zu schaffen.

Herr Winkelmann entnimmt der Kenntnisnahme des Ausschusses ein Einvernehmen und stellt den Beschlussentwurf fest.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Ausführung der Variante 2 durch die Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Markierung von Behindertenstellplätzen im Stadtzentrum Vorlage: FB III/4419/2022

Herr Kneib führt alle betroffenen Parkplätze anhand einer Präsentation vor.

Frau Fink fragt nach der Rückstellung anderer Maßnahmen welche genannt wurden.

Herr Kneib erläutert hierzu, dass für die Markierungen eventuell andere Maßnahmen zurückgestellt werden müssen, da sich dort die Kosten auch noch steigern könnten.

Ebenso erfragt sie, wieso mit einer weißen statt einer blauen Farbe geplant wurde.

Herr Kneib antwortet darauf hin, dass eine weiße Markierung ausreichend sei. Im Ausschuss gab es keine klare Entscheidung dazu, welche Farbe es schlussendlich sein soll. Eine weiße Randmarkierung inkl. eines Rollstuhlsymbols sei kostengünstiger, als eine vollflächige blaue Markierung der Stellplätze.

Frau Hansen merkt hierzu an, dass eine farbige Markierung jedoch präserter ist, selbst wenn man die Stellflächen nur umrande.

Herr Endrez bedankt sich an dieser Stelle für die Feststellung der mangelhaften

Markierung bei dem AK Inklusion, da dies normal im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung liegt. Er pflichtet der Dringlichkeit des Projektes bei.

Als Lösung des Stellplatzes am Kodi schlägt er vor, dass man diesen an das andere Ende der Parkfläche verlegen kann.

Herr Kneib gibt dabei jedoch zu bedenken, dass der Parkplatz dann allerdings in die Feuerwehrezufahrt rücken und deshalb ein Parkplatz wegfallen würde.

Herr Persian gibt ebenfalls zu bedenken, dass der Stellplatz mit Absicht in Nähe zur Post errichtet wurde.

Herr Wurth bedankt sich zunächst beim AK Inklusion und bei der Stadtverwaltung, teilt jedoch kein Verständnis mit der Gegenwehr der Verwaltung zu einer farblichen Markierung.

Er schlägt vor, zunächst den Parkplatz am Kodi vollflächig zu markieren oder aber dort eine blaue Randmarkierung zu nutzen.

Herr Schröder meldet sich zu Wort und teilt mit, dass es keine Diskussion über die Farbe geben darf. Er merkt an, dass es auch Menschen mit Sehbehinderungen gibt und diese Weiß wesentlich besser erkennen als Blau.

Er verstehe nicht, wieso die Markierung blau sein soll, wenn weiß genug Kennzeichnung darstellt.

Herr Wurth besteht auf eine Stellungnahme des AK Inklusion.

Herr Schmeißer teilt mit, dass es der Wunsch des AK ist, eine farbliche Markierung zu schaffen, um die Parkplätze von den anderen abzuheben. Eine weiße Markierung hat nichts mit dem Antrag zu tun.

Herr Kneib gibt erneut zu bedenken, dass eine farbliche Markierung schnell ausbleicht und der Unterhaltungsaufwand hierbei sehr hoch ist.

Herr Römer bedankt sich ebenfalls und erwähnt auch, dass es nicht im Sinne des Vorhabens ist, die Markierungen nachzuziehen sondern optisch hervorzuheben.

Hierbei wäre zwar keine vollflächige Färbung notwendig, jedoch aber ein optisches Hervorheben durch einen Teil in blau.

Er berichtet als Votum aus dem AK, dass es eine einheitliche Lösung für Hückeswagen geben muss, damit es einen Wiedererkennungswert hat.

Herr Bannuscher merkt an, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungshubbel an anderer Stelle bei Schnee auch nicht zu sehen sind. Er stimmt zudem zu, dass Blau für farbenblinde Menschen eher grau erscheint.

Herr Schröder stimmt dem zu und weist darauf hin, dass der größtmögliche Kontrast für farbenblinde Menschen weiß ist.

Herr Endrez empfindet den Vorschlag der Verwaltung als gut. Eine blaue Farbe sei nicht vorgegeben, nur eine weiße Markierung. Die Symbolik plus eine Markierung sind erkennbar genug, somit stimmt die CDU dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Herr Schmeißer wendet ein, dass die Bedenken des AK Inklusion vollständig ignoriert werden.

Herr Winkelmann widerspricht dem, die Bedenken werden nicht ignoriert.

Der Hinweis war vollkommen richtig, so sollen die Änderungen vollumfänglich für alle Parkplätze vorgenommen werden.

Herr Persian stimmt dem auch zu, dass die Forderungen des AK nicht missachtet werden. Aus Perspektive der Verwaltung gibt es die Zustimmung, dass nicht alle Behindertenparkplätze gut gekennzeichnet sind. Demnach war der Hinweis des AK Inklusion sehr gut.

Die fachliche Meinung der Verwaltung ist an dieser Stelle jedoch eine andere bezüglich der farblichen bzw. blauen Variante. Für eine Veränderung der momentanen Situation besteht jedoch Anspruch. Die Verwaltung gibt eine Empfehlung für die kontrastreiche Variante in Weiß. Das Ziel ist es, die Stellplätze durch bessere Erkennbarkeit für eingeschränkte Leute freizuhalten.

Handlungsbedarf ist gegeben, auch wenn nicht klar erkennbar ist, dass die Parklätze anders genutzt werden.

Herr Winkelmann stimmt dem zu. Es herrscht keine Ignoranz, da es zu einer Verbesserung kommt.

Herr Römer stimmt ebenfalls zu, dass keine Ignoranz besteht, da über die Vorschläge, auch wenn sie nicht ganz dem Wunsch des AK entsprechen, genügend diskutiert wurde.

Er fragt, ob alle Stellplätze dann einheitlich markiert werden.

Herr Kneib ergänzt die Frage um die Form der Markierung.

Frau Hansen merkt an, dass die farbliche Markierung wichtig ist und der Parkplatz sich damit

klar und offensichtlich von den anderen Stellplätzen abheben muss.

Herr Winkelmann fragt nach einem Meinungsbild zur Markierung in Weiß.

7 Stimmen sind dafür.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt eine bessere Erkennbarkeit der Behindertenparkplätze in Hückeswagen durch eine Abgrenzung und Symbolik nach DIN Maß in Farbe Weiß.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlusentwurf wurde mehrheitlich angenommen.

zu 11 Mitteilungen und Anfragen

Herr Kneib stellt anhand einer Präsentation die ersten Maßnahmen zur Lärmreduzierung an der B237 vor.

Herr Persian sagt hierzu, dass er sehr darüber erfreut war, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann. Er hat mit mehr Widerstand seitens Straßen NRW gerechnet.

Dies spricht für einen Wandel der Behörden in Sachen der Lärmreduzierung.

Eine Beschränkung der Bachstraße auf 30km/h ist auch für die Fahrradfahrer dort besser.

Herr Kissau fügt ergänzend hinzu, dass die Begrenzung zudem auch mit Lärmschutzschildern unterstützt werden soll.

Frau Hansen möchte wissen, ob an der Peterstraße eine beidseitige Markierung aufgebaut wird.

Herr Kneib antwortet ihr, dass dies erst geprüft werden muss, jedoch sieht eine Umsetzung gut aus. Es wird geprüft, ob eine Umsetzung auf der ganzen Länge machbar ist.

Frau Fink interessiert sich dafür, was nun aus dem alten Marienhospital gemacht wird.

Herr Persian klärt sie auf, dass der alte Gebäudeteil abgerissen wird. Vor 3 Wochen noch wurde mit dem Eigentümer gesprochen, ein Ersatzbau sei dort nicht beabsichtigt.

Frau Hansen teilt an dieser Stelle mit, dass auf dem Weg von der Bushaltestelle am Hallenbad hoch zur Kölner Straße Schäden auf diesem Schulweg vorhanden sind.

Herr Kneib geht hierauf ein und teilt mit, dass im Spätsommer die Straße geflickt wird. Einige Abschnitte dort bedürfen einer Aufarbeitung.

Frau Hansen weist zudem darauf hin, dass die Zuwegung zum Altenheim Johannesstift viele Schlaglöcher aufweist, was sehr umständlich für die dort lebenden Bewohner ist. Sie fragt an, ob dieser Weg im städtischen Besitz ist.

Herr Kneib klärt auf, dass die öffentliche Straße kurz vor dem Kreisverkehr endet und die Straße dahinter diversen Privatpersonen gehört. Die Stadtverwaltung besitzt hier leider keinerlei Handhabe.

Frau Hansen bemerkt außerdem, dass die Treppe zum Penny hin einige wackelige Stufen aufweist.

Herr Kneib antwortet darauf, dass der Bauhof diese schon repariert haben sollte.

Herr Schmeißer bemängelt die Markierung an der Kreuzung Peterstraße / Alte Ladestraße. Diese sei nicht richtig und auch wenn gesagt wurde dies sei Ländersache, wird sie immer schlechter.

Herr Kneib gibt darauf zur Antwort, dass am 17.05 das Land daran erinnert wurde, jedoch würde der Prozess etwas dauern.

Frau Coenen ist aufgefallen, dass die Treppe von der Friedrichstraße zur Kölner Straße hin in keinem guten Zustand ist.

Herr Kneib gibt ihr die Information, dass der Bauhof damit schon beauftragt sei.

Herr Schmeißer ist es ein Anliegen, dass in der Förderschule Nordkreis, Erich-Kästner-Schule, mehrere Angestellte den Wunsch einer Ablagestelle für ihre E-Bikes besitzen.

Herr Klewinghaus erklärt, dass solch eine Möglichkeit nur an der Kopfseite der Schule besteht, dies ist allerdings mit Kosten verbunden.

Die Sicherung der Fahrräder müsste standfest sein und sollte nur wenig abseits des Gebäudes stehen.

Herr Schmeißer hat dazu die Idee, dass man die Fahrräder im Gebäude abstellen könnte.

Herr Klewinghaus entgegnet dem allerdings, dass dies aus brandschutztechnischen Gründen nicht machbar ist.

Eine Möglichkeit wäre lediglich die Rasenfläche an Kopfseite der Schule, dort müsste in Verbindung mit Kosten eine Sicherung errichtet werden.

Frau Coenen bringt die Idee ein, die Fahrradwerkstatt der Schule für die Lagerung der E-Bikes zu nutzen.

Herr Klewinghaus sagt ihnen dazu, dass die Nutzung dieser Fläche schulintern zu klären ist.

Herr Kissau berichtet im Anschluss noch von dem Ortstermin an der K5 an der Bever.

Hier sind die Markierungen nun final angebracht worden und auf Grund des Neubaus dort wird vom Damm bis zur Kuppe in Richtung Wipperfürth, K11, 50 km/h angeordnet.

die Beschränkung auf 70 km/h im Hückeswagener Stadtgebiet fällt außerhalb der Sommerzeit.

Dem Gedanken, den Beverdamm als Fahrradstraße zu nutzen stößt auf Aufgeschlossenheit, hier gibt es nun neue Regelungen welche vom Straßenverkehrsamt geprüft werden um die Bedingungen der Umsetzbarkeit zu erfahren.

Herr Persian pflichtet dem bei, dass gerade dieser Bereich in der Sommersaison schon immer schwierig gewesen ist.

Herr Kissau ergänzt, dass alleine schon für Fußgänger dort immer eng war und dass nun dort wesentlich mehr Fahrradfahrer sind.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.08.2022

Andreas Winkelmann

Monika Larsen
Schriftführer/in

Jessica Lindner

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.